

Termine

Freitag, 04.02.2022, 14.00-18.00 Uhr: Klausurtagung Kreisvorstand Goslar

Samstag, 05.03.2022, 10.00 Uhr: Beratung Haushalt Stadt Goslar und Anträge Ratsfraktion DIE LINKE, Büro (ab 9.30 Uhr Frühstück) Anmeldung erbeten unter Telefon 05321/24449

Dienstag, 08.03.2022, 16.00: FrauenGeschäfte, Treffpunkt s.u.

Freitag, 18.03.2022, 19.00 Uhr: Kreismitgliederversammlung mit MdB Victor Perli als Gast, Hof-Café, Okerstraße 32



FrauenGeschäfte – Ein Stadtrundgang

Internationaler Frauentag

8. März 2022 von 16.00 – 18.30 Uhr

Treffpunkt: 15.45 Uhr Parkplatz Goslar Unverpackt Marstallstr. 4

So viele Frauen – So viele unterschiedliche Frauengeschäfte mitten in Goslar

Sie erzählen uns ihre Geschichte – Freut Euch auf kompetente Frauen

Anmeldung per Mail die-linke-goslar@t-online.de oder bei Petra Stolzenburg Tel.: 05321-1723

Einladung zur Besichtigung der KZ-Gedenkstätte Moringen

Abfahrt: Samstag, 29. Januar 2022, 9.15 Uhr, ZOB Bahnhof Goslar

Beginn der Führung in Moringen: 10.30 Uhr

Rückfahrt: Ca. 13.15 Uhr

Veranstalter: DGB-Kreisverband Goslar, Vititorwall 14, 38640 Goslar,

Verbindliche Anmeldungen bis spätestens 20. Januar 2022 unter:

Telefon 05321/22452

oder weberturm@t-online.de



Lesetipp

Markus Rex: Eingefroren am Nordpol

Markus Rex beschreibt im Logbuch der „Polarstern“ die größte Polarexpedition aller Zeiten. Der Eisbrecher „Polarstern“ lässt sich ein Jahr an einer Scholle 3.400 Kilometer durch die Arktis treiben. Über 100 Wissenschaftler*innen aus 37 Nationen sind daran beteiligt. Dabei sammeln sie Daten aus der Atmosphäre, dem Eis und dem Meer, die Auskunft über den Klimawandel geben. Eine jahrelang vorbereitete Logistik ermöglicht diese aufwendige Arbeit, die u.a. von mehreren russischen Eisbrechern unterstützt wird.

Markus Rex, der Leiter der Expedition beschreibt die abenteuerliche Reise der Polarstern durch das Eis. Nicht nur der häufige Besuch, der vom Aussterben bedrohten Eisbären gefährdet die Forschungsreise, sondern auch Schneestürme und Eisbrüche und -verschiebungen. Das Buch ist eine Mischung aus Abenteuerroman und naturwissenschaftlichem Sachbuch, wobei Markus Rex die Schwierigkeiten der Expedition und die Erkenntnisse aus den Forschungen anschaulich darstellt. Ein halbes Jahr arbeitet das Forschungsteam im Dunklen der Polarnacht und ein halbes Jahr im 24-stündigen Sonnenschein.

Ich möchte nicht mehr verraten und euch dieses Buch empfehlen, weil es nicht nur den Kopf, sondern auch das Herz und den Bauch ergreift. Es ist nun eines meiner Lieblingsbücher. *(Karsten Färber)*

C. Bertelsmann Verlag 2020, ISBN 978-3-570-10414-9, 320 Seiten mit vielen Fotos und Grafiken, 28 €



Impressum

DIE LINKE. Kreisverband Goslar, Okerstraße 32, Goslar

Tel.: (0 53 21) 39 79 99, Fax: (0 53 21) 39 79 95

www.dielinke-goslar.de

E-Mail: Kreisverband@dielinke-goslar.de

Redaktionell verantwortlich:

Petra Stolzenburg

Spendenkonto: Sparkasse Hildesheim-Goslar-Peine

BIC: NOLADE21HIK

IBAN: DE11 2595 0130 0006 4710 72



Ausgabe 29/Januar 2022

moment!

Mitgliederzeitschrift DIE LINKE im Landkreis Goslar

DIE LINKE.

Kommunalwahl 2021: Fraktionsstärke im Kreistag und Rat der Stadt Goslar verteidigt und Mandate in Clausthal-Zellerfeld und Langelsheim errungen

Zur Kreistagswahl haben wir knapp 6500 Stimmen (3,67%) als LINKE im Landkreis Goslar erhalten. Wir hatten uns ein besseres Ergebnis gewünscht und haben nicht alle Ziele erreicht. Das Ergebnis ist etwas schlechter als 2016. Allerdings haben wir wieder Fraktionen im Kreistag und im Rat der Stadt Goslar. Das Mandat in Clausthal-Zellerfeld haben wir verteidigt und erstmals einen Sitz im Rat der mit Lutter fusionierten Stadt Langelsheim. In Bad Harzburg, Liebenburg und Seesen sind wir nicht wieder zum Rat angetreten. Rüdiger Wohltmann als Landratskandidat und Michael Ohse als OB-Kandidat in Goslar haben mit ihren Direktkandidaturen zum Erfolg unserer Listen beigetragen.

Das Ergebnis der Kommunalwahl am 12. September 2021 ist von der zwei Wochen später stattfindenden Bundestagswahl stark beeinflusst worden. Diesem Trend konnten wir auch durch unseren engagierten Wahlkampf wenig entgegensetzen. Wir haben fast 1.000 Plakate aufgehängt, 10.000 Kreisflyer, mindestens 3.000 Stadtflyer Goslar und ca. 9.000 Wahlzeitungen zur Bundestagswahl verteilt, ohne die kleineren Auflagen wie 10-Punkte-Programm, Erstwählenden Flyer usw. zu nennen.

Wir gratulieren allen, die für DIE LINKE in den nächsten fünf Jahren Mandate wahrnehmen:

Kreistag: Peggy Plettner-Voigt, Rüdiger Wohltmann

Clausthal-Zellerfeld: Tobias Schwerdt

Goslar: Rüdiger Wohltmann, Michael Ohse

Langelsheim: Martin Borchers

Für den Rat der Stadt Goslar war unsere Kreisvorsitzende Petra Stolzenburg über die Liste gewählt worden, die auf das Mandat zugunsten von Rüdiger Wohltmann verzichtet hat. Für den Kreistag hatte die Personenliste des Wahlbereichs Goslar-Nord das zweite Mandat erhalten. Peggy Plettner-Voigt und Susanne Ohse haben je 148 Stimmen erhalten. Ein Losentscheid war nötig, obwohl Susanne Ohse schon vorher den Verzicht erklärt hatte.

Wir hatten auf unseren Listen 35 Kandidierende, davon auch 10 ohne Parteimitgliedschaft. Wir haben gemeinsam mit Mitgliedern und Freundinnen und Freunden einen intensiven Wahlkampf gemacht.

Auffällig und sehr positiv war, dass unsere jungen Kandidierenden sowohl in Bad Harzburg als auch in Langelsheim und Goslar persönlich sehr gute Ergebnisse hatten. Erfreulich ist die Halbierung des Wahlergebnisses der

rechtsextremen AfD auf Kreisebene und in Goslar.

Der Kreisvorstand bedankt sich bei allen, die auf unseren Listen kandidiert haben. Der Dank gilt auch den Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern und nicht zuletzt unseren Wählerinnen und Wählern.



Was hat sich seit der Wahl getan?

Die in den Kreistag und die Räte gewählten LINKEN haben sich gemeinsam beraten und Gespräche mit Mandatierten anderer Parteien und Gruppierungen sowie Einzelmandatierten geführt, um Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu prüfen.

Daraus hat sich eine feste Zusammenarbeit in Clausthal-Zellerfeld und Langelsheim in Form der Bildung von Ratsgruppen entwickelt. Im Kreistag und in Goslar bleibt es bei punktueller Zusammenarbeit.

In Clausthal-Zellerfeld hat sich Tobias Schwerdt für DIE LINKE mit Bündnis 90/Die Grünen, Kritischen Bürgern und die PARTEI zur Ratsgruppe „Glück Auf“ zusammengeschlossen, die jetzt mit sechs Mitgliedern nach der SPD zweitstärkste Kraft im Rat ist. Es gibt eine feste Gruppenvereinbarung und einen Schwerpunkt „Stadtentwicklung“ mit der Forderung nach einem Stadtentwicklungsausschuss.

In Langelsheim hat sich Martin Borchers für DIE LINKE mit den zwei für Bündnis 90/ Die Grünen gewählten Mandatierten zu einer Gruppe zusammengeschlossen (siehe Seite 2).

Die fünf für DIE LINKE in den kommunalen Gremien Tätigen haben vereinbart, im ersten Quartal zu einem öffentlichen Treffen in die Bergstadt Clausthal-Zellerfeld einzuladen. Im zweiten Quartal soll dieses zukünftig regelmäßige Treffen dann in Langelsheim stattfinden.

Die Kreistagsfraktion hatte zu einer Haushaltsberatung im November eingeladen (siehe Artikel auf Seite 3). Der

Thema: Aufwandsentschädigung

Die Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Goslar lehnt die Sitzungsvorlage über die Erhöhung der Aufwandsentschädigung ab.

Wir hatten ja bereits vor fünf Jahren die Erhöhung abgelehnt und haben den Aufstockungsbetrag an gemeinnützige Organisationen und Verbände gespendet.

In diesem Jahr – wieder wie üblich nach den Wahlen zu Anfang der Mandatsperiode – haben wir es mit einer Erhöhung von 10% für die Ratsmitglieder zu tun. Für fünf Jahre entspricht dieses etwa der amtlichen Preissteigerungsrate. Darauf wird in der Begründung der Vorlage auch hingewiesen.

Dass diese 30 Euro Plus für eine ehrenamtliche Aufwandsentschädigung gegenüber den sage und schreibe 3 (drei) Euro, um die der Regelsatz für ALG 2 (Hartz IV) ab 1.1.2022 erhöht werden soll, doch beträchtlich ist, darauf möchte ich an dieser Stelle aber hinweisen.

Ich weiß, die 3 Euro sind monatliche Erhöhung für 1 Jahr, die 30 Euro monatlich mehr für 5 Jahre. Hartz IV Beziehende haben für die nun 21 Monate andauernde Corona-Zeit eine Einmalzahlung von 150 Euro erhalten. Das ist die gesellschaftliche Realität in einem reichen Land.

Deshalb hat uns die kräftige Erhöhung der Aufwandsentschädigung für EHRENAMTLICHE Tätigkeit im Fraktionsvorsitz schon etwas fassungslos gemacht.

Zumal der Antrag von drei Fraktionsvorsitzenden selbst geschrieben worden ist. Und überhaupt nicht trifft der Hinweis in der Begründung der Vorlage auf die „an den

Haushalt ist bereits im Dezember verabschiedet worden.

In Goslar wird der Haushalt für 2022 erst ab Februar diskutiert. Die Ratsfraktion lädt am Samstag 5. März zu einer gemeinsamen Haushaltsberatung und Diskussion unserer Anträge zum Haushalt ein.

*(Für den Kreisvorstand
Petra Stolzenburg/Michael Ohse)*

Aus dem Rat der Stadt Goslar

Inflationsraten der letzten Jahre orientierte Anpassung“ auf die unseres Erachtens maßlose Anpassung der Aufwandsentschädigungen für die Fraktionsvorsitzenden großer Fraktionen zu.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD würde bei Inkrafttreten dieser Sitzungsvorlage 40% mehr erhalten als seine Vorgängerin. 630 Euro anstatt 450 Euro – 180 Euro mehr pro Monat.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU würde 580 Euro statt 450 Euro erhalten – 130 Euro oder 29% monatlich mehr, als er in den letzten 5 Jahren erhalten hat.

Dazu kommen jeweils noch die zur Beschlussfassung vorliegenden 330 Euro für das Ratsmandat plus Fahrtkosten für Ratsmandat und Fraktionsvorsitz von insgesamt 140 Euro.

Also 1100 Euro pro Monat für den ehrenamtlichen Vorsitz der SPD-Fraktion inkl. Ratsmandat und 1050 Euro im Monat für den ehrenamtlichen Vorsitz der CDU-Fraktion inkl. Ratsmandat.

Ich möchte noch erwähnen, dass Hartz IV Beziehende ab Januar 2022 mit 449 Euro pro Monat plus KdU klarkommen müssen.

Wie schon gesagt, wir lehnen diese Vorlage ab. Falls doch ein Beschluss erfolgen sollte, werden Rüdiger Wohltmann und ich auch diese Aufstockung an gesellschaftliche, gemeinnützige Organisationen spenden.

(Michael Ohse, Presseerklärung zur Ratssitzung am 21.12.2021 – entsprechender Redebeitrag auf der Ratssitzung)



Aus dem Rat der Stadt Langelsheim

Start der Ratsarbeit



Nach den Kommunalwahlen bildeten die Gewählten der Parteien Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen eine Gruppe im Stadtrat Langelsheim. Dieser zählt nach der im November 2021 erfolgten Fusion von Langelsheim und der ehemaligen Samtgemeinde Lutter jetzt 38 Ratsmitglieder. Davon besetzt die neue Gruppe drei Mandate.

Im Jahr 2021 hatten wir nur eine Ratssitzung im Dezember. Und das auch noch unter strengen Corona-Bedingungen – das hieß, Fenster und Türen waren alle geöffnet, alle Anwesenden trugen Masken, und alle hiel-

ten sich an die Abmachung: keine unnötigen Wortmeldungen. Es war ja schon alles im Verwaltungsausschuss besprochen worden. Der Schwerpunkt waren fusionsbedingte Anpassungen. Wir waren in der Rekordzeit von 20 Minuten fertig. Das freute sogar den Pressevertreter, denn es war saukalt am Sitzungsort, dem Forum der Oberschule Langelsheim.

Die Gruppe Bündnis 90/Die Grünen/Linke trifft sich regelmäßig, besonders vor Ausschuss- und Ratssitzungen. Erster Termin war dieses Jahr am 6. Januar. Für DIE LINKE ist Martin Borchers im Verwaltungsausschuss und Betriebsausschuss.

(Martin Borchers)

Zweitens stellt der Soberana-Impfstoff keine besonderen Logistik-Anforderungen, für die Lagerung und den Transport des Impfstoffs ist keine fortschrittliche – und kostspielige – Technologie erforderlich wie beim BioNTech/Pfizer-Impfstoff.

Soberana wurde als Kinderimpfung konzipiert Während andere Länder die Kinder als Bevölkerungsgruppe in ihren bisherigen Impfkampagnen weitgehend vernachlässigt haben, hat Kuba die Impfkampagne für die pädiatrische Bevölkerung bereits weit vorangetrieben. Soberana02 ist in der Tat ein Produkt, das ursprünglich auf der Basis schon bekannter Kinderimpfstoffe und somit für Kinder entwickelt wurde.

Kuba hat diesbezüglich Pioniercharakter: 1. wurde ein Impfstoff gegen Sars-Cov-2 auf der Grundlage von bereits bei Kleinkindern eingesetzten Impfstoffen entwickelt, was gesundheitliche Nebeneffekte und Problematiken der neuen Impfung praktisch auf Null reduziert hat und das Vertrauen der Eltern in den neuen Impfstoff stärkte; 2. wurde von Beginn an die gesamte Bevölkerung – auch Kinder – in die Impfkampagne integriert, was angesichts der neusten Entwicklungen der Pandemie als zukunftsweisend bezeichnet werden kann.

Denken statt Querdenken!

Der Kreisvorstand DIE LINKE schließt sich der Aufforderung des Goslarer Bündnisses gegen Rechtsextremismus an, die "Harzer Erklärung - Für Impfungen, Coronaschutzmaßnahmen, Demokratie - Gegen Gewalt und Radikalisierung - gegen Lüge, Hass und Hetze" zu unterschreiben.

<https://www.petitionen.com/>

harzer_erklarung_fur_coronaschutz_gegen_gewalt_und_radikalisierung<cid:part2.F76B2A8C.49CB22F7@mailbox.org>

In Goslar demonstriert ein Bündnis von Coronaleugner*innen, Verschwörungserzähler*innen und Rechtsextremist*innen/Reichsbürger*innen gegen die sogenannte Corona-Diktatur. Es handelt sich zwar um eine kleine Minderheit, die aber zu viel Aufmerksamkeit und Raum auch in der Goslarschen Zeitung erhält.

Bitte verbreitet den Aufruf auch an euren Freundes- und Bekanntenkreis.

Mein Rückblick auf das „Superwahljahr“ 2021

Das Jahr 2021 war für mich das erste Jahr als Mitglied im Kreisvorstand Goslar in der Partei DIE LINKE. Es war ein sehr turbulentes, interessantes sowie arbeits- und erlebnisreiches Jahr.

Anfang des Jahres wurde ich in den Vorstand gewählt und in der ersten Vorstandssitzung mussten wir uns gleich dem Thema der Wahlen zuwenden. Als Politik-Greenhorn hatte ich überhaupt keine Vorstellungen davon, wie zeitintensiv und arbeitsaufwendig die Kreativentwicklung und Ideenfindung für so einen Wahlkampf sein kann.

Den Kommunalwahlkampf in Goslar 2021 konnte man als unschön bezeichnen. In unserer Partei war er jedoch durch Teamgeist, Zusammenhalt, Ausdauer und auch Spaß geprägt. Es halfen viele Hände beim Plakatieren, Flyer stecken und wir hatten gute Unterstützung bei der Besetzung unserer Infostände, durch Spenden und bei der Bedienung der Social-Media-Kanäle. Hilfe erhielten wir nicht nur von unseren Mitgliedern, sondern auch von Sympathisanten unserer Partei. Erstaunlich und sehr erfreulich waren auch unsere Listenaufstellungen, sie waren zahlreich, vielfältig und vor allem mit interessan-

Internationale Zusammenarbeit ...Die kleine Karibikinsel, die seit mehr als 60 Jahren unter einer Wirtschafts- und Handelsblockade steht, war in der Lage, in kürzester Zeit drei Impfstoffe und zwei Impfstoffkandidaten zu entwickeln. Und dies, weil sich Kuba nicht der Logik multinationaler Konzerne und der Big Pharma unterwarf, sondern seit Jahrzehnten in ein öffentliches Gesundheits- und Bildungssysteme investiert, die erstklassige Fachkräfte garantieren.

Mitte September 2021 – kurz nach Beginn des Impfprogramms auf der Insel – hat Kuba die Zulassung seines Impfstoffes bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO) beantragt.

Kubas Umgang mit der Covid-19-Pandemie ist eine Lektion für die ganze Welt: Sie stellt die Gesundheit der Menschen vor private Profite, fördert die internationale Zusammenarbeit und lehnt Handelskriege zwischen Staaten und multinationalen Konzernen strikt ab. Es wäre daher ein fataler Fehler, die kubanischen Erfahrungen im Hinblick auf einen global vereinten Kampf gegen Covid-19 unberücksichtigt zu lassen.

(Auszug aus einem Artikel von Maurizio Coppola am 10. Dezember 2021 bei re:volt)

ten und bekannten Menschen besetzt. So konnten wir unsere bestehenden Mandate behalten und sogar neue hinzugewinnen. DANKE!

Für mich bleibt in sehr guter Erinnerung die tolle Zusammenarbeit mit Emanuel und Steffen aus Harzburg, diese hochmotivierten jungen Menschen brachten nicht nur Ideen, Kreativität, sondern auch

Schwung in unseren Wahlkampf. Einen großen DANK an die Beiden! Es bleibt zu hoffen, dass sie nach ihrem Studium wieder in ihre Heimat kommen um DIE LINKE weiterhin so gut zu vertreten.

Petra, Karsten, Michael und Rüdiger haben mich von Anfang an akzeptiert, gut aufgenommen, eingearbeitet und unterstützt – DANKE!

DIE LINKE musste in der gesamten Bundesrepublik 2021 hart kämpfen. Trotzdem denke ich, dass das Jahr 2021 für DIE LINKE im Landkreis Goslar ein erfolgreiches Jahr war. In diesem Sinne freue ich mich auf eine gute, konstruktive und produktive Zusammenarbeit mit euch ALLEN im Jahr 2022!

(Peggy Plettner-Voigt)

12. September Kommunalwahl

Soberana: Ein COVID-19-Impfstoff für die Menschen, nicht die Pharmakonzerne



„...SoberanaPlusTurin ist der Name der klinischen Beobachtungsstudie mit 35 Freiwilligen aus Italien, die in Europa entweder geimpft wurden oder von Corona genesen sind und zur Auffrischung eine Einzeldosis des kubanischen Impfstoffs SoberanaPlus erhalten haben. SoberanaPlus wurde im Sommer 2021 von der kubanischen Aufsichtsbehörde CECMED (Centro para el Control Estatal de Medicamentos, Equipos y Dispositivos Médicos) genehmigt, die Beobachtungsstudie will dessen Reaktogenität und Immunogenität bei erwachsenen Proband:innen evaluieren, denen zuvor ein in Europa zugelassener Impfstoff (Johnson&Johnson, AstraZeneca, BioNTech/Pfizer oder Moderna) verabreicht wurde.

Diese klinische Studie ist die erste dieser Art auf der Karibikinsel. Sie ist das Ergebnis einer intensiven internationalen Zusammenarbeit von Wissenschaftler:innen mit der aktuellen Covid-19-Pandemie, zwischen dem kubanischen Impfinstitut Finlay, dem Krankenhaus Amedeo Di Savoia in Turin und der italienischen Agentur für kulturellen und wirtschaftlichen Austausch mit Kuba (AICEC).

schem Impfstoff vorgenommen, nur ein Bruchteil mit dem chinesischen Sinovac-Impfstoff.

Dies ist nicht nur eine beispiellos höhere Impfquote im Vergleich mit anderen einkommensschwachen Ländern weltweit, in denen durchschnittlich nur 2,8 Prozent der Bevölkerung geimpft ist. Es ist auch eine höhere Impfquote im Vergleich zu allen entwickelten Ländern des globalen Nordens. Ende November hatten über 311.000 Personen eine vierte Impfung erhalten.

Bereits nach Ausbruch der ... Pandemie begannen sich die kubanischen biotechnologischen Forschungsinstitute auf die Entwicklung und Herstellung eigener Impfstoffe zu konzentrieren. Die Insel blieb zwar im Jahr 2020 von schweren gesundheitlichen Konsequenzen der Pandemie verschont, umso stärker traf Kuba die Welle im Sommer 2021. Die Neuinfektionen erhöhten sich von 15.536 im Januar 2021 auf 265.121 im August 2021; auch die Todeszahlen nahmen rasant zu.

Was genau ist Soberana? Im Gegensatz zu BioNTech/Pfizer oder Moderna, die die mRNA-Technologie für ihre

Spendenaufwurf: Kubas Gesundheitswesen ist stark, aber nicht unverwundbar!

Kubas Gesundheitssystem ist vorbildlich – es setzt auf Prävention.

Kuba kämpft gegen die Coronavirus-Pandemie, die wirtschaftlichen Auswirkungen durch Einbruch des Tourismus und die verheerende Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade einer US-Politik: Während seiner Präsidentschaft hat Donald Trump nicht nur 243 weitere Sanktionen gegen Kuba erlassen. Er verfügte auch, Kuba auf die US-Liste angeblich Terror unterstützender Staaten zu setzen. Damit ist Kuba vom internationalen Zahlungsverkehr in US-Dollar ausgeschlossen. US-Präsident Biden setzt diese grausame Politik in unverminderter Härte fort.

Durch die Sanktionspolitik, die hohe Nachfrage auf dem Weltmarkt und damit gestiegenen Preisen, ist Kuba die Einfuhr medizinischer Verbrauchsmaterialien, von Geräten, Ersatzteilen, Medikamenten und Rohstoffen für die Arzneimittelproduktion extrem erschwert.

Aus Kuba erreichte die Solibewegung die dringende Bitte, das nationale Gesundheitswesen zu unterstützen. Cuba si ruft zur Unterstützung unserer Spendenkampagne auf: Bitte helft mit, damit Kubas vorbildliches Gesundheitswesen weiterhin Leben schützen kann! Spenden für die Beschaffung von Verbrauchs- und Anästhesiematerial, Spritzen und Kanülen, Schutzkleidung, OP-Handschuhen und Infusionspumpen!

Spenden bitte an: DIE LINKE/Cuba Si, IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10
Verwendungszweck: Kuba muss überleben/Gesundheitswesen.

... Das kubanische Impfstoffprogramm befindet sich in öffentlicher Hand, ist das Resultat einer Kooperation zwischen den biotechnologischen Forschungsinstituten des Landes und Förderung des Allgemeinwohls.

Auch ohne ... Impfpflicht haben bis Ende November 2021 knapp 10,2 Mio. Kubaner:innen mindestens eine Impfdosis erhalten (praktisch 100 % der impfbaren Bevölkerung); davon haben über 9,2 Mio. die zweite Dosis und 8,7 Mio. Kubaner:innen (78 %) die dritte Dosis Soberana erhalten. Insgesamt haben 82,1 % der kubanischen Bevölkerung (9,18 Mio. Menschen) das ganze Impfschema abgeschlossen (zwei Dosen Soberana02 und eine Dosis SoberanaPlus oder drei Dosen Abdala, auch ein kubanischer Impfstoff). Fast alle Impfungen wurden mit kubani-

Impfstoffe verwenden, ist Soberana ein Protein-Impfstoff. Die durchgeführten Studien zeigen, dass SoberanaPlus eine hohe Wirksamkeit aufweist.

Aus der Perspektive der globalen Bekämpfung von Covid-19 hat der kubanische Impfstoff zwei weitere zentrale Vorteile. Erstens sind seine Produktionskosten äußerst niedrig. Das bedeutet, dass der Impfstoff potenziell in jedem Winkel der Welt hergestellt werden kann (der Iran produziert bereits einen Impfstoff auf der Grundlage der kubanischen Technologie), sogar in Ländern, deren Pro-Kopf-Ausgaben für das Gesundheitswesen weniger als 20 \$/Jahr betragen, was den Kosten für eine einzelne BioNTech/Pfizer-Impfdosis entspräche.

Aus dem Kreistag

Wenig Interesse oder wenig Zeit?

So lassen sich die Haushaltsberatungen zum Kreishaushalt 2022 in den Gremien des Landkreises Goslar beschreiben. Sicher, kurz nach der Kommunalwahl sind viele mit der Konstituierung ihrer Fraktionen beschäftigt. Dass aber neben den zehn Anträgen der Fraktion DIE LINKE nur drei weitere Anträge (SPD/CDU und Grüne) zum Haushalt gestellt wurden, ist schwer zu verstehen. Was wurde im Kommunalwahlkampf alles gefordert und angekündigt. Davon blieb beinahe nichts übrig. FDP, Bürgerliste und AfD blieben ‚antragslos‘.

SPD, CDU und Grüne beantragten zusätzliche 100.000 Euro für Gutachten zur Tarifstrukturreform im ÖPNV einzustellen, SPD und Grüne forderten weitere 10.000 Euro für ein hydrologisches Gutachten zum möglichen Hochwasserrisiko. Immerhin.

Beide Anträge wurde von der Fraktion DIE LINKE mit positivem Votum im Kreistag unterstützt.

Unsere Anträge zur Kürzung der Finanzmittel für die

„Allianz für die Region“, die bislang keine nennenswerten Ergebnisse vorlegen konnte, zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes durch Aufklärung im Bereich von Impfungen (nicht nur Corona), Luftfilteranlagen in Schulen, Beratungsstelle Migration, Aktionsplan Inklusion, Schulentwicklungsplanung und Schülerbeförderung wurden mehrheitlich abgelehnt. Ebenso die Prüfung einer Fachberatung bei sexualisierter Gewalt. Zumindest bei einigen Anträgen stimmten CDU und/oder Bürgerliste sowie der Abgeordnete Ksinn (FDP) unseren Vorschlägen zu.

Dank gilt allen, die sich an der parteiinternen Haushaltsklausurtagung beteiligt und mit guten Vorschlägen eingebracht haben.

Leider fanden unsere Anträge auch in der Presse keine Erwähnung.

(Peggy Plettner-Voigt und Rüdiger Wohltmann)



Aus dem Bundestag

Im Bundestag ist DIE LINKE jetzt die einzige soziale Opposition

Warum der Koalitionsvertrag das Wort „Gerechtigkeit“ im Titel trägt, bleibt das Geheimnis der Ampel-Koalition. Natürlich enthält er soziale Einsprengsel. Besonders die 12 Euro Mindestlohn wären ein Fortschritt. Aber im Vertrag gibt es weder einen Zeitpunkt noch Maßnahmen gegen Mindestlohnbetrug, wofür der Finanzminister zuständig ist. Der FDP wird es so leicht gemacht, das Projekt zu sabotieren.

Bei Steuern hat sich die FDP gleich im Vertrag voll durchgesetzt: Superreiche zahlen keine Vermögenssteuer, große Erben zahlen weiterhin weniger Erbschaftsteuer als kleine, Großverdiener zahlen nicht mehr Einkommensteuer. Nicht einmal eine Entlastung für kleine und mittlere Einkommen gibt es, obwohl alle Koalitionäre das versprochen hatten! Auf der anderen Seite tut die Ampel nichts gegen Armutsrenten, hält Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II niedrig und will keinen Mietendeckel. Eine Verstärkung der Ungleichheit ist so vorprogrammiert.

Die sogenannte „Schuldenbremse“ wird nicht angetastet. So schwebt über allen Ausgaben das Lindner-Schwert. Um das nötige Geld für die Rente zu haben, sollen deshalb die Reserven der Rentenversicherung an die Börse. Sicherer Gewinner ist hier nur die Finanzbranche. Zudem hat der Staat als Investor widersprüchliche Interessen: Mit seinem milliardenschweren Endlagerfonds investiert er schon jetzt in Mieterhöhungskonzerne wie Vonovia und Deutsche Wohnen.

In der Verkehrspolitik setzen der Koalitionsvertrag und schon gar der neue Verkehrsminister im Zweifel auf

Wettbewerb, die Nöte der Beschäftigten im Verkehrssektor werden nicht ernst genug genommen. Gegen die massiven Preissteigerungen bei Bahn und ÖPNV findet sich nichts. Dafür wird weiter viel Geld an ohnehin meist wohlhabendere E-Auto-Käufer gehen. Die Pläne für die Stärkung von Bahn oder Rad sind vage. So wird es nichts mit einem nachhaltigen, bezahlbaren und in erster Linie öffentlichen Verkehr für alle.



Freue mich im Bundestag erneut dem Haushaltsausschuss anzugehören. Gesine Löttsch und ich kontrollieren die Finanzen der Bundesregierung, jeweils die Hälfte der Ministerien. Finanzminister Lindner würde ohne die Linksfraktion nur Kritik von Rechts bekommen. Wir bekommen dabei starke Unterstützung unserer Mitarbeiter:innen, hier mit unserem Fraktionsreferenten Tinko

Im Bundestag ist jetzt DIE LINKE – leider durch das Wahlergebnis geschwächt – die einzige soziale Opposition. Diese Rolle muss sie auch einnehmen. Die rechten Parteien werden gerne dabei helfen, die wenigen guten Projekte wie die Mindestloohnerhöhung auszubremsen. Es kommt also einiges auf uns zu. Lasst es uns gemeinsam angehen!

(Victor Perli, DIE LINKE, MdB)

Momente der Stille

Momente der Stille sind selten, wenn man an einer Straße wohnt, die für Durchgangsverkehr geöffnet ist. Dabei ist es mittlerweile egal, ob Hauptverkehrs- oder Nebenstraße. 8,4 Millionen Menschen in Deutschland sind nach Schätzungen des Umweltbundesamts gesundheitsgefährdendem Straßenlärm ausgesetzt. Dreiviertel der Deutschen fühlen sich durch Straßenverkehrslärm belästigt. Lärm kann zu Herzinsuffizienz, Schlaganfall und Herzinfarkt führen.

Das Schlafen mit offenen Fenstern ist meist ab 5 Uhr nicht mehr möglich, Home Office wird torpediert.

Alles wäre halb so schlimm, hielten sich Motorrad-, Pkw- und Lkw-Fahrer an die geltenden Höchstgeschwindigkeiten. Doch viele Kraftfahrer sind leider ignorant und rücksichtslos und pfeifen auf die Gesundheit und das Wohl ihrer Mitmenschen. Und Geschwindigkeitsverstöße bleiben in der Regel ja auch folgenlos und ungeahndet.

Bundesweit versuchen daher verkehrslärmgeplagte Menschen sich zu wehren. Gefordert werden stationäre Radaranlagen, sog. Smiley-Tafeln, Querungshilfen, Schikanen, Tempo-30-Zonen, Zebrastreifen etc. Die Anwohner gründen Initiativen, protestieren und stellen Hinweisschilder auf. Man kennt die Bobby-Cars, Kinderfiguren, Achtung-Kinder-Schilder, selbst gebastelte „Starenkästen“ usw. zu Genüge - auch in der Stadt Goslar. Doch

die Stadt Goslar duldet dies nicht mehr. Also, die Schilder und Aufsteller und Spielzeuge wohlge-
merkt!

Verkehrsverstöße, Verkehrslärm und Luftverschmutzung hingegen werden von der Verwaltung weiterhin hingenommen. Alle Einwohner jedoch, die ihren Protest mittels selbstgebastelten Aufstellern und Schildern usw. ausdrücken, erhielten von der Stadt im November 2021 die Aufforderung, dies alles umgehend zu entfernen, da es rechtswidrig sei.

Verkehrte Welt.

Mögen die Verantwortlichen der Stadt Goslar im neuen Jahr stille Momente dazu nutzen, ihre Prioritätensetzung zu prüfen und das große Ganze im Blick zu behalten.

Weniger gesundheits- und lebensgefährdende Luft- und Lärmverschmutzung durch motorisierten Straßenverkehr führt zu lebenswerteren Städten und Dörfern. Jeder kann auch im Kleinen konkret etwas dazu beitragen. Hört auf zu rasen! Fahrt rücksichtsvoll! Geht doch mal zu Fuß einkaufen! Nehmt das Rad statt das Auto!

Für eine bessere Welt!

(Michael Schüler, Wiedelah)



Moment, was ist denn mit dem Kiesabbau in Wiedelah ?

Nachdem im Juli 2021 die Bürgerinitiative „Kein Kiesabbau in Wiedelah“ gegründet wurde, führte sie Bürgerinformationen mit Aufklärungsveranstaltungen in Wiedelah durch. Dabei wurde auch ein von mir vorformuliertes Einspruchsschreiben gegen das Abbauvorhaben verteilt. Über 150 dieser Einspruchsschreiben, die zum großen Teil auch von der Internetseite <http://kein-kiesabbau-in-wiedelah.de/> heruntergeladen worden sind, haben die zuständige Genehmigungsbehörde (Regionalverband Braunschweig) erreicht. Die Behörde war davon so beein-

sollte, die Antragstellerin, die Firma Raulf Kies auf das Podium zu bitten. Die Abbaufirma sollte nach Meinung des RegV ebenfalls die Möglichkeit erhalten, ihren Antrag den Bürgern vorzustellen.

Letztendlich hat sich der RegV nur seiner viel zu starken unkritischen Nähe zur Antragstellerin entlarvt, was auch zu verbalen Unmutsäußerungen von den Bürgern Wiedelahs führte. Viele Besucher der Veranstaltung haben schließlich mit einem Gefühl der Ohnmacht und Zweifeln an der Redlichkeit dieses Verfahrens den Saal verlassen. Leider hat die Behörde es nicht geschafft, ihre unabhängige Position zu diesem geplanten Bodenabbau, der tief in die Existenz und das Alltags- und Freizeitleben Wiedelahs eingreift, zu manifestieren.

Es ist nur weiterer Frust auf den Staat und dessen Behörden geschürt und der Demokratieverdrossenheit Vorschub geleistet worden.

Das bedeutet für die BI und die Wiedelaher natürlich, nicht die Flinte ins Korn zu werfen. Nein- man muß mit weiteren gezielten Aktionen auf den unglaublichen Mißstand aufmerksam machen. Wir müssen für unser Dorf kämpfen und alle Möglichkeiten ausschöpfen!

Und schließlich wird dann wahrscheinlich ein Gericht darüber entscheiden müssen. Wenn es soweit kommen sollte, dann wissen auch die Wiedelaher, unsere Demokratie ist geschädigt und wird von den Mächtigen in dieser Republik okkupiert.

(Michael Schüler)

Für eine Heimat mit Zukunft
Kein Kiesabbau in Wiedelah

druckt, daß es von Seiten des Regionalverbandes in der Digitalkonferenz (Sept. 2021) als notwendig erachtet wurde, eine Bürgerinformationsveranstaltung in Wiedelah abzuhalten.

Da dies auch auf Drängen der BI erfolgte, ließ der RegV über den neuen Ortsvorsteher Ulli Bock (ebenfalls Mitglied der BI) diese Veranstaltung planen. Natürlich wurden die Örtlichkeit, die Sprechanlage sowie die pandemiekonformen Zugangskontrollen (Luka-App) von der BI organisiert.

Zum Entsetzen vieler hat sich dann der RegV den höchst peinlichen Fauxpas erlaubt, zu dieser Bürgerinformation, die den Wiedelaher Bürgern das demokratische, neutrale und rechtskonforme Genehmigungsverfahren darlegen

Nie wieder Faschismus!

80 Jahre nach der Ermordung von Walter Krämer wurde am 6.11.21 eine Gedenktafel in der Walter-Krämer-



Sicherheit neu denken

Das Friedensbündnis Goslar hat zum Antikriegstag Ralf Becker von der Badischen Landeskirche in die Stephani-Kirche eingeladen. Bevor er das Szenario zur zivilen Sicherheitspolitik vorstellte, ging er auf die aktuellen Krisen (u.a. Klimawandel, Migration, Pandemien, Armut) ein, die die Sicherheit der Menschen beeinflussen. Der „Westen“ versucht mit seinem hegemonialem Menschenrechtsbewusstsein die Krisenherde auf der Erde militärisch zu befrieden. Dies gelingt aber nicht. Die Militäreinsätze bringen den Menschen weder Sicherheit noch eine nachhaltige Entwicklungsperspektive wie der NATO-Einsatz in Afghanistan gezeigt hat.

Die militärische Hegemonie der USA zeigt sich in der Anzahl ihrer Militärstützpunkte in 37 Ländern. Russland unterhält außer in den ehemaligen Sowjetrepubliken noch Militärbasen in Syrien und Vietnam. China hat im Ausland nur eine Militärbasis in Dschibuti.

Nach der Auflösung des Warschauer Pakts hat die NATO

Straße im ehemaligen Fliegerhorst eingeweiht. Der Kommunist Walter Krämer wurde 1933 von den Nazis verhaftet. Im Konzentrationslager Buchenwald rettete er im Häftlingskrankenbau vielen Menschen das Leben. Dafür hat er später in Israel den Titel „Gerechter unter den Völkern“ erhalten. 1941 wurde er von Buchenwald in das KZ -Außenlager nach Goslar gebracht, um in Hahndorf ermordet zu werden.

Die Ehrung von Walter Krämer und seinem Genossen Karl Peix, der auf dem Gelände des Fliegerhorsts von den Nazis ermordet wurde, setzt ein Zeichen wider das Vergessen. Darauf wiesen Michael Ohse für den Verein Spurensuche und Bürgermeisterin Renate Lucksch für die Stadt Goslar hin.

(Karsten Färber)

das Sicherheitsbedürfnis von Russland nicht beachtet und das Völkerrecht u.a. im Kosovo gebrochen. Daher sollte die Rücknahme der Annektierung der Krim nicht zur Bedingung für Friedensverhandlungen gemacht werden.

Kooperation statt Konfrontation sollte die Grundlage von internationalen Beziehungen sein. In innergesellschaftlichen Konflikten sollte der Westen nicht intervenieren, sondern durch geschulte Friedensfachkräfte traditionelle Konfliktbearbeitungsmethoden unterstützen.

Das Szenario (was wäre wenn ...) bietet zivile Alternativen zur militärischen Sicherheitspolitik mit einer möglichen Entwicklung bis zum Jahr 2040. Statt der geplanten 80 Milliarden Euro jährlich für die Bundeswehr sollte das Geld ausgegeben werden für: kooperative Krisenbewältigung, fairen Handel, die UNO, die OSZE, Entwicklungshilfe, die Konversion der Rüstungsindustrie, die Konversion der Bundeswehr zum THW, Friedensfachkräfte.

(Karsten Färber)

